

**Ausschuss für Wirtschaft, Finanzen und Digitales**

**Einladung**

**Gremium:** Ausschuss für Wirtschaft, Finanzen und Digitales - öffentlich  
**Sitzungstermin:** Montag, 19.09.2022, 17:00 Uhr  
**Ort, Raum:** Neue Aula der KGS Rastede, Bahnhofstraße 5, 26180 Rastede

Rastede, den 08.09.2022

1. An die Mitglieder des Ausschusses für Wirtschaft, Finanzen und Digitales
2. nachrichtlich an die übrigen Mitglieder des Rates

Hiermit lade ich Sie im Einvernehmen mit der Ausschussvorsitzenden zu einer Sitzung mit öffentlichen Tagesordnungspunkten ein.

**Tagesordnung:**

**Öffentlicher Teil**

- TOP 1 Eröffnung der Sitzung
- TOP 2 Feststellung der ordnungsgemäßen Einladung, der Beschlussfähigkeit und der Tagesordnung
- TOP 3 Genehmigung der Niederschrift über die Sitzung vom 27.06.2022
- TOP 4 Einwohnerfragestunde
- TOP 5 Haushalt 2022 - Ausführung des Haushalts - Stand August  
Vorlage: 2022/139
- TOP 6 Haushalt 2023 - Haushaltssatzung und Haushaltsplan  
Vorlage: 2022/123
- TOP 7 Anfragen und Hinweise
- TOP 8 Einwohnerfragestunde
- TOP 9 Schließung der Sitzung

Mit freundlichen Grüßen  
gez. Krause  
Bürgermeister

## Mitteilungsvorlage

**Vorlage-Nr.: 2022/139**

freigegeben am **08.09.2022**

**Stab**

Sachbearbeiter/in: Hollmeyer, Michael

**Datum: 16.08.2022**

### **Haushalt 2022 - Ausführung des Haushalts - Stand August**

**Beratungsfolge:**

Status

Datum

Gremium

Ö

19.09.2022

Ausschuss für Wirtschaft, Finanzen und Digitales

#### **Beschlussvorschlag:**

Die Ausführungen werden zur Kenntnis genommen.

#### **Sach- und Rechtslage:**

Der aktuelle Bericht über die Ausführung und Entwicklung des Haushalts bezieht sich auf den Stand Ende August 2022. Die Ausführungen sind vorrangig auf die Entwicklung der allgemeinen Deckungsmittel und auf die Haushaltspositionen gerichtet, bei denen sich gegenüber den eingeplanten Ansätzen konkrete Abweichungen ergeben beziehungsweise sich diese zum jetzigen Zeitpunkt abzeichnen.

Darüber hinaus erfolgen Berichte über die Umsetzung der wesentlichen für 2022 eingeplanten beziehungsweise in diesem Jahr fortgeführten Investitionen und Investitionsförderungsmaßnahmen.

#### **Ergebnishaushalt**

Die Entwicklung des Ergebnishaushaltes stellt sich aktuell wie folgt dar:

#### **Erträge**

01. Steuern und ähnliche Abgaben		
Ansatz	AO-Soll (Stand 31.08.2022)	Ist (Stand 31.08.2022)
32.939.500 €	29.128.971 €	26.478.272 €

Aktuell liegt das Anordnungssoll bei der Grundsteuer bei insgesamt 3.544.985 Euro und somit noch leicht unter dem Haushaltsansatz in Höhe von 3.558.000 Euro. Es wird davon ausgegangen, dass der Haushaltsansatz aufgrund weiterer Nachveranlagungen seitens des Finanzamtes im Laufe des Jahres insgesamt noch erreicht wird.

Bei der Gewerbesteuer liegt das Anordnungssoll am 31.08.2022 bei rund 15.950.000 Euro und somit noch rund 150.000 Euro unter dem Ansatz für 2022. Auswirkungen der Corona-Pandemie, wie zum Beispiel aufgrund der Herabsetzung von Vorauszahlungen für 2022, schlagen sich hier aktuell nicht nieder. Trotzdem bleibt abzuwarten, wie sich das Gewerbesteueraufkommen im laufenden Jahr weiter entwickelt und ob der eingelebte Ansatz in Höhe von 16.100.000 Euro im Ergebnis noch erreicht werden kann.

Nach den Ergebnissen der Steuerschätzungen vom Mai 2022 werden bei der Einkommen- und der Umsatzsteuer für 2022 Gemeindeanteile in Höhe von 11.385.700 Euro beziehungsweise 1.535.000 Euro erwartet. Gegenüber den Haushaltsansätzen stellt dies Mehreinnahmen in Höhe von 364.200 Euro dar. Eine Konkretisierung der Höhe der Gemeindeanteile an der Einkommen- und Umsatzsteuer wird im Rahmen der Steuerschätzungen im November 2022 erwartet.

Im Rahmen der Steuerschätzungen vom Mai 2022 geht das Finanzministerium davon aus, dass insgesamt mit deutlichen Einnahmeverbesserungen zu rechnen ist. Gleichzeitig hat das Finanzministerium darauf hingewiesen, dass die geschätzten Einnahmeverbesserungen auch in erheblichem Maße durch eine sichtbar höhere Inflation getrieben werden und die Steuerschätzung von einer außergewöhnlich hohen Unsicherheit geprägt ist, insbesondere durch die Auswirkungen der weiteren Entwicklung des Russland-Ukraine-Krieges sowie der Corona-Pandemie.

02. Zuwendungen und allgemeine Umlagen		
Ansatz	AO-Soll (Stand 31.08.2022)	Ist (Stand 31.08.2022)
4.234.900 €	4.566.778 €	4.127.877 €

Anfang April 2022 erfolgte im Rahmen des Niedersächsischen Gesetzes über den Finanzausgleich die Festsetzung der Finanzausweisungen. Für die Gemeinde Rastede wurden folgende Beträge festgesetzt:

	Ansatz	Festsetzung	Differenz
Schlüsselzuweisung	924.200 €	862.760 €	- 61.440 €
Zuschuss übertragener Wirkungskreis	492.800 €	492.848 €	+ 48 €
			- 61.392 €

Die Schlüsselzuweisung fällt somit im Ergebnis um rund 61.400 Euro niedriger aus als eingeplant.

Im Hinblick auf die Entwicklung der allgemeinen Deckungsmittel wird noch einmal darauf hingewiesen, dass der Ansatz der Gewerbesteuer für 2022 gegenüber dem Vorjahr um 3.000.000 Euro erhöht wurde. Unter Berücksichtigung der Entwicklung der Gewerbesteuer in diesem Jahr und im Hinblick auf die Entwicklung der allgemeinen Deckungsmittel insgesamt, ist zum jetzigen Zeitpunkt nicht davon auszugehen, dass, wie in den Vorjahren, der positive Saldo bei den allgemeinen Deckungsmitteln deutlich höher ausfallen wird als eingeplant. Siehe hierzu auch die beigefügte Übersicht über die Entwicklung der allgemeinen Deckungsmittel (Anlage 1).

## Aufwendungen

13. Personalaufwendungen		
Ansatz	AO-Soll (Stand 31.08.2022)	Ist (Stand 31.08.2022)
12.048.600 €	7.228.007 €	7.057.937 €

Der Ansatz für die Personalaufwendungen in 2022 umfasst insgesamt 12.048.600 Euro (2021 = 11.591.900 Euro). Die zum 01.07.2022 eintretende Tarifierhöhung im Bereich Sozial- und Erziehungsdienst kann nach aktueller Einschätzung im Budget der Personalaufwendungen aufgefangen werden. Insgesamt ist nach jetzigem Stand im Bereich Personal nicht von einer Überschreitung des Haushaltsansatzes in 2022 auszugehen.

15. Aufwendungen für Sach- und Dienstleistungen		
Ansatz	AO-Soll (Stand 31.08.2022)	Ist (Stand 31.08.2022)
10.539.990 €	4.816.304 €	5.159.657 €

Im Bereich der Aufwendungen für Sach- und Dienstleistungen wurden bis zum 31.08.2022 rund 45,7 % der zur Verfügung stehenden Haushaltsmittel in Anspruch genommen. Darüber hinaus sind Mittel in Höhe von rund 447.300 Euro durch vergabene Aufträge gebunden.

Für das Deckenprogramm im Bereich der Straßenunterhaltung wurde für 2022 ein Ansatz in Höhe von 265.000 Euro veranschlagt. Zudem wurden Haushaltsausgabereste in Höhe von rund 33.000 Euro nach 2022 übertragen. Von den zur Verfügung stehenden Haushaltsmitteln in Höhe von insgesamt 298.000 Euro wurden bis 31.08.2022 insgesamt rund 173.000 Euro in Anspruch genommen.

Die derzeit steigenden Energie- bzw. Bewirtschaftungskosten haben auf den Haushalt 2022 keine Auswirkung, da die bestehenden Laufzeitverträge für Strom und Gas eine Preisgarantie beinhalten. Die Laufzeitverträge enden allerdings zum Ende dieses Jahres, sodass im Rahmen der aktuell durchgeführten Ausschreibungen ab 01.01.2023 mit deutlichen Preissteigerungen und einer zusätzlichen Belastung der Haushalte ab 2023 auszugehen ist.

18. Transferaufwendungen		
Ansatz	AO-Soll (Stand 31.08.2022)	Ist (Stand 31.08.2022)
17.434.980 €	15.962.276 €	11.681.878 €

Im Rahmen der Durchführung des kommunalen Finanzausgleichs wurde für die Gemeinde Rastede auch die Steuerkraft als Basis für die Berechnung der Kreisumlage ermittelt. Wie erwartet, fallen die Steuerkraft und somit auch die festgesetzte Kreisumlage sehr hoch aus. In der Festsetzung fällt die Kreisumlage allerdings um 18.892 Euro niedriger aus als im Haushalt 2022 veranschlagt. Die Kreisumlage wurde bei einem Umlagesatz von unverändert 34 Prozent in Höhe von 10.423.208 Euro (2021 = 9.726.112 Euro) festgesetzt.

## Ordentliches Ergebnis

Der Ergebnishaushalt weist im ordentlichen Bereich für 2022 einen voraussichtlichen Fehlbetrag in Höhe von 2.020.279 Euro aus. Aufgrund der bisherigen Entwicklung des ordentlichen Haushaltes ist zum jetzigen Zeitpunkt nicht davon auszugehen, dass im Rahmen des Jahresabschlusses ein deutlicher Überschuss als Ergebnis ausgewiesen werden kann. Soweit sich die Entwicklung des ordentlichen Haushaltes so fortsetzt, kann nach jetzigem Stand im ordentlichen Bereich – auch unter Berücksichtigung der Verläufe in den vorangegangenen Jahren – im Ergebnis zumindest von einem Haushaltsausgleich und gegebenenfalls sogar von einem geringfügigen Überschuss für 2022 ausgegangen werden.

## Außerordentliches Ergebnis

Der Ergebnishaushalt weist im außerordentlichen Bereich für 2022 einen Überschuss in Höhe von 6.480.500 Euro aus. Dieser planerische Überschuss resultiert vorrangig aus der Vermarktung der Wohnbaugrundstücke im Bereich der Bebauungspläne 100 „Im Göhlen“ und 114 „Nördlich Feldstraße“.

Da die Erschließungsstraße im Bereich des Bebauungsplanes 100 „Im Göhlen“ voraussichtlich erst im ersten Quartal 2023 fertiggestellt werden kann, sind die für 2022 eingeplanten Einnahmen aus der Vermarktung der Wohnbaugrundstücke in diesem Bereich (wohl) nicht in vollem Umfang zu realisieren.

## **Finanzhaushalt**

### Investitionstätigkeit

Auszahlungen für Investitionstätigkeit				
Ansatz	HAR	Auszahlungen (Stand 31.08.2022)	Aufträge (Stand 31.08.2022)	noch verfügbar
17.312.150 €	5.899.758 €	4.251.131 €	5.237.190 €	13.723.587 €

Bei den für 2022 zur Verfügung stehenden Haushaltsmitteln für Investitionen und Investitionsförderungsmaßnahmen (einschließlich Haushaltsausgabereste) in Höhe von 23.211.908 Euro sind mit Stand Ende August 2022 rund 40,87 % der Mittel ausgezahlt oder durch Aufträge gebunden.

Bisher wurden vorrangig die bereits im Vorjahr begonnenen und noch nicht abgeschlossenen Maßnahmen fortgeführt. Von den nach 2022 übertragenen Haushaltsmitteln im investiven Bereich (Haushaltsausgabereste) in Höhe von 5.899.758 Euro sind zwischenzeitlich 4.770.043 Euro ausgezahlt oder durch Aufträge gebunden (= 80,85 %).

Vorrangig im Baubereich ist von deutlichen Preissteigerungen auszugehen, wobei der Hoch- und der Tiefbaubereich gleichermaßen betroffen sind. Aktuell führen vor allem die Preissteigerungen bei Baumaterialien (Materialknappheit unter anderem bei Holz, Stahl und Bitumen) und die hohen Energiekosten zu stark steigenden Baukosten. Diese Entwicklung spiegelt sich auch in den aktuellen Ausschreibungsergebnissen wieder. Zudem drohen aufgrund der guten Auftragslage bei den Bauunternehmen und der vorherrschenden Materialknappheit Verzögerungen bei der Umsetzung der für 2022 eingeplanten Baumaßnahmen.

Zum jetzigen Zeitpunkt zeichnet sich ab, dass einige Investitionsmaßnahmen in 2022 nicht mehr (vollständig) umgesetzt werden können und daher für 2023 und die Folgejahre neue Haushaltsansätze für diese Maßnahmen aufzunehmen sind. Hierzu gehören unter anderem der Ankauf von Flächen im Rahmen der Entwicklung der Gewerbeflächen am Moorweg (Teilbetrag), der Endausbau der Straße im Rahmen der Erschließung des Bebauungsplanes 111 „Am Dorfplatz“, die energetische Sanierung der Turnhalle Wilhelmstraße und auch der Umbau der Bushaltestelle an der Grundschule Feldbreite.

Einzelheiten zum Stand beziehungsweise zum Fortgang der im Haushalt 2022 eingeplanten und fortgeführten wesentlichen Investitionen und Investitionsförderungsmaßnahmen beziehungsweise -projekte (ab einem Investitionsvolumen in Höhe von 50.000 Euro) können den aktuellen Investitionsberichten entnommen werden (Anlage 2). Neben der Darstellung der Haushaltsdaten erfolgt hier eine kurze Beschreibung sowie ein aktueller Stand zur Umsetzung der Maßnahme. Mehrere im Haushalt einzeln aufgenommene Investitionsmaßnahmen, wie beispielsweise bei einer Erschließungsmaßnahme mit den Bereichen „Straße“, „Schmutzwasserkanal“ und „Regenwasserkanal“ sowie möglichen „Zuschüssen“ und „Beiträgen“ werden als Projekt in einem Investitionsbericht zusammengefasst.

### Finanzierungstätigkeit

Die Kreditermächtigung für Investitionen und Investitionsförderungsmaßnahmen wurde durch die Haushaltssatzung 2022 auf 1.905.480 Euro festgesetzt. Darüber hinaus wurde aus 2021 eine Kreditermächtigung in Höhe von 2.969.040 Euro (Haushaltseinnahmerest) nach 2022 übertragen. Somit ist eine Kreditaufnahme von bis zu 4.874.520 Euro in 2022 möglich.

Auch wenn das im Haushalt 2022 ausgewiesene Finanzierungssaldo aus Investitionstätigkeit (5.224.750 Euro) vorrangig über liquide Überschüsse der Vorjahre ausgeglichen werden kann, ist in Verbindung mit der Baumaßnahme „Erweiterungsbau KGS Wilhelmstraße“ ein Rückgriff auf den von der KfW Bankengruppe zur Verfügung gestellten Kredit in Höhe von 1.905.480 Euro vorgesehen. Die Kreditgewährung erfolgt im Rahmen des Programms „Bundesförderung für effiziente Gebäude“ und ist mit der Gewährung eines Tilgungszuschusses verbunden (Fördersatz = 22,5 %). Die Aufnahme des Kredites über die KfW ist für das vierte Quartal 2022 eingeplant. Aufgrund des hohen Liquiditätsstandes ist davon auszugehen, dass darüber hinaus keine weitere Kreditaufnahme erforderlich wird.

Die Tilgungsleistung für 2022 beläuft sich auf 622.849 Euro. Auf die Kreisschulbaukasse entfallen dabei 138.426 Euro. Soweit noch eine Kreditaufnahme über die KfW erfolgt, sind erst ab 2023 entsprechende Tilgungsleistungen aufzunehmen.

### **Entwicklung Liquidität und Schuldenstand**

#### Liquidität

Zum 31.08.2022 wird ein Liquiditätsstand in Höhe von 24.726.660 Euro ausgewiesen. Die Liquidität der Gemeinde Rastede ist somit nach jetzigem Stand für 2022 vollumfänglich sichergestellt.

## Schuldenstand

Unter Berücksichtigung der noch anstehenden Kreditaufnahme bei der KfW-Bankengruppe stellt sich die Entwicklung des Schuldenstandes in 2022 wie folgt dar:

Schuldenentwicklung	
Stand zum 31.12.2021	7.539.299 €
Neuaufnahme in 2022	1.905.480 €
Tilgung 2022 gesamt	622.849 €
Voraussichtlicher Stand zum 31.12.2022	8.821.930 €

Vom voraussichtlichen Schuldenstand zum 31.12.2022 entfallen 816.435 Euro auf die Kreisschulbaukasse.

### **Finanzielle Auswirkungen:**

Siehe Sach- und Rechtslage.

### **Auswirkungen auf das Klima:**

Entfällt.

### **Anlagen:**

1. Übersicht über die Entwicklung der allgemeinen Deckungsmittel 2022
2. Berichte Investitionsmaßnahmen und -projekte 2022

## Beschlussvorlage

**Vorlage-Nr.: 2022/123**

freigegeben am **08.09.2022**

**Stab**

Sachbearbeiter/in: Hollmeyer, Michael

**Datum: 20.07.2022**

### **Haushalt 2023 - Haushaltssatzung und Haushaltsplan**

#### **Beratungsfolge:**

<u>Status</u>	<u>Datum</u>	<u>Gremium</u>
Ö	19.09.2022	Ausschuss für Wirtschaft, Finanzen und Digitales
Ö	26.09.2022	Ausschuss für Gemeindeentwicklung und Bauen
Ö	27.09.2022	Kultur- und Sportausschuss
Ö	04.10.2022	Schulausschuss
Ö	01.11.2022	Ausschuss für Klima- und Umweltschutz
Ö	07.11.2022	Ausschuss für Generationen, Gleichstellung und Soziales
Ö	08.11.2022	Feuerschutzausschuss
Ö	28.11.2022	Ausschuss für Wirtschaft, Finanzen und Digitales
N	06.12.2022	Verwaltungsausschuss
Ö	13.12.2022	Rat

#### **Beschlussvorschlag:**

1. *Für den Ausschuss für Wirtschaft, Finanzen und Digitales zur ersten Beratung:*

Dem Entwurf der Haushaltsplanung 2023 wird unter Berücksichtigung der Beratung zugestimmt. Zur weiteren Beratung wird der Entwurf in die nachfolgenden Fachausschüsse verwiesen.

2. *Für die Beratung in den Fachausschüssen:*

Der Fachausschuss stimmt dem Haushaltsplanentwurf 2023 unter Berücksichtigung der Beratungsergebnisse zu.

#### **Sach- und Rechtslage:**

Gemäß § 112 Abs. 1 NKomVG hat die Gemeinde für jedes Haushaltsjahr eine Haushaltssatzung zu erlassen. Die Festsetzungen des Haushaltsplans sind dabei Bestandteil der Haushaltssatzung. Der Haushaltsplan ist Grundlage für die Haushaltswirtschaft der Gemeinde.

Das Ergebnis der Haushaltsplanung für 2023 ist im Entwurf der Haushaltssatzung und im Entwurf des Haushaltsplans dargestellt (siehe Anlage 1 und Anlage 2). Die Entwürfe und die nachstehenden Ausführungen basieren auf dem Stand vom 01.09.2022.

Der vorliegende Entwurf des Haushaltsplans 2023 weist im geplanten kumulierten Jahresergebnis einen voraussichtlichen Fehlbetrag in Höhe von (i. H. v.) 224.360 Euro aus. Gemäß § 110 Abs. 5 Satz 1 Nr. 1 NKomVG gilt der Haushalt als ausgeglichen. Das Volumen der Auszahlungen für Investitionen und Investitionsförderungsmaßnahmen umfasst 13.810.500 Euro. Die eingeplante Kreditaufnahme für 2023 liegt bei 5.251.200 Euro.

Im Folgenden werden die Eckdaten des Haushalts 2023 dargestellt:

### **Ergebnishaushalt**

Der Ergebnishaushalt weist im ordentlichen Bereich einen voraussichtlichen Fehlbetrag i. H. v. 5.292.660 Euro aus. Im außerordentlichen Bereich kann ein Überschuss i. H. v. 5.068.300 Euro ausgewiesen werden. Somit ergibt sich in der Planung für 2023 ein kumuliertes Jahresergebnis i. H. v. - 224.360 Euro (voraussichtlicher Fehlbetrag).

### Ordentlicher Bereich

Die für 2023 eingeplanten ordentlichen Erträge belaufen sich auf insgesamt 48.208.360 Euro. Gegenüber 2022 (= 46.392.239 Euro) erhöht sich das Ertragsvolumen um 1.816.121 Euro.

Bei Aufstellung des vorliegenden Haushaltsentwurfes wurden im Bereich der Aufwendungen nur die absolut notwendigen Ansätze aufgenommen. Trotz dieser Vorgehensweise steigen die Aufwendungen gegenüber 2022 (= 48.412.518 Euro) um 5.088.502 Euro. Das Volumen der ordentlichen Aufwendungen beläuft sich für 2023 auf insgesamt 53.501.020 Euro.

### Erträge

Der Ansatz für die Grundsteuer A und B beläuft sich für 2023 auf insgesamt 3.599.000 Euro (2022 = 3.558.000 Euro).

Die Gewerbesteuer hat sich in den letzten Jahren durchaus positiv entwickelt. Lag das Ergebnis 2017 noch bei rund 8.800.000 Euro, wird für 2022 erneut ein Ergebnis von über 16.000.000 Euro erwartet. Die Höhe der jährlich zu erwartenden Vorauszahlungen liegt zwischenzeitlich bei über 13.000.000 Euro. Dieser Betrag kann relativ sicher für die Gewerbesteuer eingeplant werden. Darüber hinaus konnten in den letzten Jahren hohe Gewerbesteuernachzahlungen für zurückliegende Veranlagungszeiträume vereinnahmt werden. Wie hoch diese für 2023 im Ergebnis ausfallen, kann allerdings im Rahmen der Haushaltsplanung nicht sicher prognostiziert werden.

Von der Annahme ausgehend, dass auch für 2023 hohe Gewerbesteuernachzahlungen vereinnahmt werden können, wurde für die Gewerbesteuer ein Ansatz i. H. v. insgesamt 16.300.000 Euro gebildet.

Nach den Ergebnissen der Steuerschätzungen vom Mai 2022 ist bei den Gemeindeanteilen an der Einkommen- und der Umsatzsteuer von folgenden Ansätzen für 2023 auszugehen:

Gemeindeanteil an der	Ansatz 2022	Ansatz 2023	Differenz
Einkommensteuer	11.070.300 €	12.152.700 €	+ 1.082.400 €
Umsatzsteuer	1.486.200 €	1.583.800 €	+ 97.600 €
			+ 1.180.000 €

Das Finanzministerium hat allerdings darauf hingewiesen, dass die im Mai 2022 geschätzten Einnahmeverbesserungen auch in erheblichem Maße durch eine sichtbar höhere Inflation getrieben werden und die Steuerschätzung von einer außergewöhnlich hohen Unsicherheit geprägt ist, insbesondere durch die Auswirkungen der weiteren Entwicklung des Russland-Ukraine-Krieges sowie der Corona-Pandemie. Die Ansätze sind gegebenenfalls im Hinblick auf die Ergebnisse der Steuerschätzung im November 2022 noch anzupassen.

Nachdem für 2022 im Rahmen des kommunalen Finanzausgleichs noch eine Schlüsselzuweisung i. H. v. 862.760 Euro festgesetzt wurde, ist nach aktueller Prognose davon auszugehen, dass die Gemeinde Rastede 2023 in den Finanzausgleich einzahlen muss. Zwar ist im kommunalen Finanzausgleich für 2023 von einer Erhöhung der Zuweisungsmasse auszugehen, doch aufgrund der hohen Steuerkraft (begründet durch ein hohes Gewerbesteueraufkommen im maßgeblichen Berechnungszeitraum) ist für 2023 von einem Wegfall der Schlüsselzuweisung und mit der Festsetzung einer Finanzausgleichsumlage auszugehen.

In der Vergangenheit war bei den allgemeinen Deckungsmitteln ein kontinuierlicher Anstieg der Erträge zu verzeichnen. Hierdurch konnte ein Großteil der stetig steigenden Aufwendungen kompensiert werden. Die Erträge im Bereich der allgemeinen Deckungsmittel werden für 2023 mit einem Volumen i. H. v. 34.319.800 Euro kalkuliert. Gegenüber dem Ansatz 2022 wird aktuell von einem Plus i. H. v. 509.300 Euro ausgegangen. Dies ist vorrangig auf den Gemeindeanteil an der Einkommensteuer zurückzuführen.

Der für 2023 ausgewiesene Ansatz für die Gewerbesteuerumlage beträgt in Abhängigkeit zum gebildeten Gewerbesteueransatz bei einem aktuellen Landesvervielfältiger von 35 % insgesamt 1.584.800 Euro (2022 = 1.565.300 Euro).

Die für 2023 zu erwartende Finanzausgleichsumlage im Rahmen des kommunalen Finanzausgleichs wird mit 540.100 Euro veranschlagt.

Die Kreisumlage erhöht sich gegenüber dem Ansatz für 2022 um 1.552.000 Euro und ist 2023 bei einem unveränderten Umlagesatz von 34 Prozentpunkten zum jetzigen Zeitpunkt in einer Höhe von 11.994.100 Euro zu veranschlagen. Auch hier schlägt sich die hohe Steuerkraft, begründet durch das hohe Gewerbesteueraufkommen im maßgeblichen Berechnungszeitraum, nieder.

Allgemeine Deckungsmittel			
	Ansatz 2022	Ansatz 2023	Differenz
Erträge gesamt	33.810.500 €	34.319.800 €	+ 509.300 €
Aufwendungen gesamt	12.059.800 €	14.172.400 €	+ 2.112.600 €
Saldo	21.750.700 €	20.147.400 €	- 1.603.300 €

Bei den allgemeinen Deckungsmitteln für 2023 ergibt sich unter Berücksichtigung der Umlagen ein Saldo i. H. v. 20.147.400 Euro. Gegenüber den Planansätzen für 2022 verringert sich der Saldo allerdings um 1.603.300 Euro. Im Ergebnis fehlt dieser Betrag zur Finanzierung der steigenden Aufwendungen in 2023.

Die Ansätze der allgemeinen Deckungsmittel für 2023 im Einzelnen und deren Entwicklung ab 2021 können der als Anlage 5 beigefügten Übersicht entnommen werden.

### Aufwendungen

Die Personalaufwendungen (einschließlich Rückstellungen) werden 2023 mit insgesamt 13.454.200 Euro veranschlagt. Gegenüber 2022 steigen sie somit um 1.405.600 Euro. Der Planansatz beinhaltet die bereits umgesetzten und die für das nächste Jahr geplanten personellen Aufstockungen und Einstellungen, sowie bereits erfolgte beziehungsweise noch voraussichtlich für 2023 anstehende Tariferhöhungen. Weitere Informationen sind dem beigefügten Stellenplan (Anlage 4) zu entnehmen.

Die Aufwendungen für Sach- und Dienstleistungen werden für 2023 mit 11.027.270 Euro veranschlagt (2022 = 10.539.990 Euro). Vorrangig im Bereich der baulichen Unterhaltung und im Bereich der Bewirtschaftung ist aktuell von deutlichen Preissteigerungen auszugehen. Um im Finanzhaushalt („laufende Verwaltungstätigkeit“) noch eine liquide Absicherung des Haushalts zu gewährleisten, sind nur die absolut notwendigen Unterhaltungsmaßnahmen in den Ergebnishaushalt aufgenommen worden.

Die Aufwendungen für die Unterhaltung der baulichen Anlagen und Grundstücke werden für 2023 mit 1.579.160 Euro kalkuliert. Gegenüber 2022 (= 1.780.370 Euro) verringert sich der Ansatz um 201.210 Euro. Eingeplant sind unter anderem Unterhaltungsmaßnahmen an der Grundschule Kleibrok (Austausch BHKW 75.000 Euro und die Sanierung der sanitären Einrichtungen 45.000 Euro), die Sanierung des Bodenbelags im Forum der KGS (Gebäude Feldbreite, 50.000 Euro), ein teilweiser Austausch der Heizungsanlage bei der Grundschule Hahn-Lehmden (40.000 Euro) und Unterhaltungsmaßnahmen am Turnierplatz (30.000 Euro). Die wesentlichen Unterhaltungsmaßnahmen werden im Rahmen der weiteren Haushaltsberatungen vorgestellt.

Für die Straßenunterhaltung sind 2023 insgesamt 518.000 Euro veranschlagt. Auf das Deckenprogramm entfällt dabei eine Summe i. H. v. 150.000 Euro.

Die Veranschlagung der Bewirtschaftungskosten für die gemeindlichen Liegenschaften erfolgt für 2023 in Höhe von 2.718.390 Euro. Die Ansätze erhöhen sich gegenüber 2022 (Ansatz i. H. v. 2.142.810 Euro) um 575.580 Euro. Die erhöhte Veranschlagung für 2023 ist vorrangig auf die zu erwartenden Preissteigerungen bei den Energiekosten zurückzuführen. Inwieweit die vorgenommene Anpassung der Ansätze tatsächlich ausreicht, kann zum jetzigen Zeitpunkt noch nicht abschließend beurteilt werden, da noch keine Ausschreibungsergebnisse für die Energielieferungen ab dem 01.01.2023 vorliegen. Hier wird gegebenenfalls noch eine Anpassung der Ansätze erforderlich.

Für den Bereich der Schulen wurden für 2023 insgesamt 1.360.700 Euro an Sach- und Dienstleistungen veranschlagt (2022 = 1.260.600 Euro). Der Schwerpunkt liegt bei der Ausstattung der Schulen mit 1.144.900 Euro, wobei hier allein 605.000 Euro auf die EDV-Ausstattung im Rahmen des „Digitalpaktes“ entfallen. Diese Aufwendungen sind zu 100 % durch entsprechende Zuschüsse des Landes gedeckt.

Die für 2023 veranschlagten Transferaufwendungen belaufen sich auf 20.404.750 Euro (2022 = 17.434.980 Euro). Der Ansatz erhöht sich hier um insgesamt 2.969.770 Euro. Die Transferaufwendungen beinhalten unter anderem die Ansätze für folgende Umlagen:

	Ansatz 2022	Ansatz 2023	Differenz
Gewerbesteuerumlage	1.565.300 €	1.584.800 €	+ 19.500 €
Finanzausgleichsumlage	0 €	540.100 €	+ 540.100 €
Entschuldungsumlage	52.400 €	53.400 €	+ 1.000 €
Kreisumlage	10.442.100 €	11.994.100 €	+ 1.552.000 €
	12.059.800 €	14.172.400 €	+ 2.112.600 €

Alleine für die oben aufgeführten Umlagen mussten die Ansätze nach aktuellem Planungsstand für 2023 gegenüber dem Vorjahr deutlich um 2.112.600 Euro erhöht werden.

Der Ansatz für Zuwendungen an Kindertagesstätten in anderer Trägerschaft umfasst für 2023 insgesamt 5.024.000 Euro. Der Ansatz erhöht sich gegenüber 2022 (4.279.000 Euro) um 745.000 Euro. Die Erhöhung des Zuwendungsvolumens ist hier vorrangig auf die steigenden Personalkosten und auf allgemeine Preissteigerungen (unter anderem bei den Energie- und Unterhaltungskosten) zurückzuführen.

### Ergebnis

Bei ordentlichen Erträgen i. H. v. insgesamt 48.208.360 Euro und ordentlichen Aufwendungen i. H. v. 53.501.020 Euro ergibt sich ein negativer Saldo i. H. v. 5.292.660 Euro. Gegenüber dem im Haushalt 2022 ausgewiesenen Ergebnis mit einem voraussichtlichen Fehlbetrag i. H. v. 2.020.279 Euro vergrößert sich das negative Saldo im kommenden Jahr auf 3.272.381 Euro.

### Haushaltsausgleich

Der Ergebnishaushalt weist im ordentlichen Bereich einen voraussichtlichen Fehlbetrag i. H. v. 5.292.660 Euro aus. Nach den gesetzlichen Vorgaben des § 110 NKomVG ist der Haushalt in der Planung auszugleichen. Der Haushalt ist ausgeglichen, soweit die Summe der ordentlichen Erträge größer oder gleich der Summe der ordentlichen Aufwendungen ist. Trifft dies nicht zu, gilt der ordentliche Haushalt auch als ausgeglichen, wenn ein voraussichtlicher Fehlbetrag mit vorhandenen Überschussrücklagen verrechnet werden kann.

Die Überschussrücklage für den ordentlichen Bereich weist aktuell einen Bestand von weit über 20.000.000 Euro aus. Ein Rückgriff auf Überschüsse der vergangenen Jahre ist somit in erforderlicher Höhe möglich. Der Haushalt gilt somit gemäß § 110 Abs. 5 Satz 1 Nr. 1 NKomVG als ausgeglichen.

## Außerordentlicher Bereich

Der Überschuss im außerordentlichen Bereich i. H. v. 5.068.300 Euro stellt einen nicht liquiden Ertrag dar. Dieser ist auf die Vermarktung der Wohnbaugrundstücke zurückzuführen.

## Jahresergebnis

In der Planung ergibt sich für 2023 ein kumuliertes negatives Jahresergebnis i. H. v. 224.360 Euro (voraussichtlicher Fehlbetrag).

## **Finanzhaushalt**

Der Finanzhaushalt umfasst für 2023 ein geplantes Auszahlungsvolumen i. H. v. 62.399.590 Euro (2022 = 58.705.250 Euro). Dem gegenüber stehen geplante Einzahlungen i. H. v. 58.371.420 Euro (2022 = 57.610.190 Euro).

## Laufende Verwaltungstätigkeit

Im Bereich der laufenden Verwaltungstätigkeit weist der Finanzhaushalt im Saldo einen Fehlbedarf i. H. v. 4.028.170 Euro aus. Grundsätzlich muss der Überschuss mindestens so hoch sein, dass damit der eing geplante ordentliche Tilgungsbetrag gedeckt werden kann. Die Höhe der eing geplanten ordentlichen Tilgung beläuft sich für 2023 auf 660.000 Euro. Unter Berücksichtigung der aktuellen Entwicklung des Haushalts 2022 kann zum jetzigen Zeitpunkt davon ausgegangen werden, dass der liquide Fehlbetrag i. H. v. rund 4.690.000 Euro an dieser Stelle durch liquide Überschüsse aus den Vorjahren abgesichert werden kann.

Eine Eigenfinanzierungskraft zur Finanzierung der geplanten Investitionen steht im Haushalt 2023 allerdings nicht zur Verfügung.

## Investitionstätigkeit

Für den Bereich der Investitionstätigkeit ist voranzustellen, dass die Aufstellung des aktuell vorliegenden Investitionsprogramms erneut unter der Prämisse erfolgte, dass vorrangig die bereits in Vorjahren begonnenen Investitionsmaßnahmen in 2023 fortgeführt beziehungsweise abgeschlossen werden sollen. Teilweise wurden in 2023 Maßnahmen neu veranschlagt, die bereits für 2022 eing geplant wurden, aber in diesem Jahr nicht mehr begonnen werden. Neue Maßnahmen wurden darüber hinaus nur in das Investitionsprogramm aufgenommen, soweit sich deren Umsetzung bereits zum jetzigen Zeitpunkt, beispielsweise aufgrund eines entsprechenden politischen Beschlusses, deutlich abzeichnet.

Das Volumen für Investitionen und Investitionsförderungsmaßnahmen umfasst 2023 insgesamt 13.810.500 Euro. Den geplanten Auszahlungen stehen zu erwartende Einzahlungen i. H. v. 9.219.300 Euro gegenüber. Im Saldo ergibt sich im Bereich der Investitionstätigkeit ein Finanzierungssaldo i. H. v. 4.591.200 Euro.

Da im Bereich der laufenden Verwaltungstätigkeit keine Eigenfinanzierungskraft generiert werden kann und zudem die liquiden Überschüsse aus Vorjahren hier zur liquiden Absicherung herangezogen werden müssen, kann das ausgewiesene Finanzierungssaldo im investiven Bereich nur durch eine entsprechende Kreditaufnahme finanziert werden.

Die folgende Tabelle gibt einen Überblick über die wesentlichen eingeplanten Investitionsmaßnahmen der nächsten Jahre:

Investitionsmaßnahme		2023	Finanzplanungszeitraum (2024 bis 2026)
Breitbandversorgung Gewerbebetriebe, Zuschuss an Landkreis	Auszahlungen	0 €	1.000.000 €
BPl. 86 Am Autobahnkreuz	Einzahlungen	570.700 €	0 €
Entwicklung Flächen Moorweg	Auszahlungen	820.000 €	0 €
BPl.100 Im Göhlen	Auszahlungen	320.000 €	1.805.000 €
	Einzahlungen	4.807.100 €	7.609.800 €
BPl. 114 Nördlich Feldstraße	Auszahlungen	300.000 €	603.000 €
	Einzahlungen	2.021.500 €	0 €
BPl. 115 Roggenmoorweg	Auszahlungen	0 €	5.072.000 €
Ortsfeuerwehr Hahn (Gerätehaus)	Auszahlungen	500.000 €	600.000 €
Ortsfeuerwehr Ipwege- Wahnbek (Gerätehaus)	Auszahlungen	500.000 €	600.000 €
Erweiterungsbau KGS Wilhelmstraße	Auszahlungen	1.900.000 €	0 €
Neugestaltung Freibad	Auszahlungen	3.260.000 €	1.000.000 €
	Einzahlungen	960.000 €	1.500.000 €
Hallenbad, Sanierung Heizzentrale	Auszahlungen	45.000 €	500.000 €
Kläranlage Bauliche Anpassung Schlammentwässerung	Auszahlungen	670.000 €	0 €
Umgestaltung OD Hahn-Lehmnden	Auszahlungen	1.400.000 €	600.000 €
SAB An der Bleiche/ Peterstraße	Auszahlungen	0 €	1.298.000 €
ÖPNV Bushaltestelle GS Feldbreite	Auszahlungen	320.000 €	320.000 €
	Einzahlungen	0 €	560.000 €
Bauhof (Fahrzeuge/Ausstattung)	Auszahlungen	247.000	808.000 €

Nach aktuellem Planungsstand weist das Investitionsprogramm im Finanzplanungszeitraum 2024 bis 2026 weitere Auszahlungen für Investitionstätigkeiten i. H. v. rund 20.000.000 Euro aus.

Dem gegenüber stehen im gleichen Zeitraum Einzahlungen für Investitionstätigkeiten i. H. v. rund 11.800.000 Euro. Alleine aus der Vermarktung von Wohnbaugrundstücken können insgesamt Einzahlungen i. H. v. 6.982.600 Euro (Verkauf und Beiträge) generiert werden.

Das Investitionsprogramm 2023 ist als Anlage 3 beigefügt. Die einzelnen Investitionsmaßnahmen werden im Rahmen der weiteren Haushaltsberatungen in den jeweiligen Fachausschüssen vorgestellt.

### Finanzierungstätigkeit

Für 2023 ist eine Kreditaufnahme i. H. v. 5.251.200 Euro eingeplant (2022 = 1.905.480 Euro). Unter Berücksichtigung der eingeplanten ordentlichen Tilgung i. H. v. 660.000 Euro ergibt sich für 2023 eine geplante Nettokreditaufnahme i. H. v. 4.591.200 Euro.

### **Entwicklung der Schulden**

Die Höhe der Kreditschulden (einschließlich Kreisschulbaukasse) zum 01.01.2022 betrug 7.539.299 Euro.

In Verbindung mit der Baumaßnahme „Erweiterungsbau KGS Wilhelmstraße“ ist ein Rückgriff auf den von der KfW Bankengruppe zur Verfügung gestellten Kredit in Höhe von 1.905.480 Euro vorgesehen. Die Kreditgewährung erfolgt im Rahmen des Programms „Bundesförderung für effiziente Gebäude“ und ist mit der Gewährung eines Tilgungszuschusses verbunden (Fördersatz = 22,5 %). Die Aufnahme des Kredites über die KfW ist für das vierte Quartal 2022 eingeplant.

Weitere Kreditaufnahmen sind in 2022 nicht vorgesehen. Zum 31.12.2022 ergibt sich somit ein Schuldenstand i. H. v. voraussichtlich 8.821.930 Euro (davon Kreisschulbaukasse i. H. v. 816.435 Euro).

Unter Einbeziehung der ausgewiesenen Kreditaufnahme und der eingeplanten Tilgung für 2023 ergibt sich zum 31.12.2023 ein voraussichtlicher Stand der Kreditschulden i. H. v. 13.413.130 Euro.

### **Haushaltsdarstellung und -beratung**

Seit dem Haushaltsjahr 2019 werden nur noch die wesentlichen Produkte (31 von insgesamt 94 Produkten) im Haushaltsplan abgebildet und beschrieben. Im Rahmen der Produktbeschreibung erfolgen zudem die Aufnahme der zu erreichenden Ziele mit den dazu geplanten Maßnahmen sowie die Festlegung von Kennzahlen zur Zielerreichung.

Seit dem Haushaltsplan 2021 werden zudem bei den wesentlichen Produkten kurze Erläuterungen zu den ausgewiesenen zusammengefassten Ansätzen aufgenommen. Aus den Erläuterungen kann die Zusammensetzung dieser Ansätze abgeleitet werden.

Nach Vorgabe des Landesamtes für Statistik sind im Rahmen einer ressourcenorientierten Darstellung die bauliche Unterhaltung und die Bewirtschaftung der Gebäude / Grundstücke verursachungsgerecht den entsprechenden Produkten zuzuordnen.

Daher erfolgt die Darstellung dieser Finanzvorfälle ab dem Haushaltsjahr 2022 direkt bei den entsprechenden Produkten (Rathaus, Kindertagesstätten, Schulen, Sportstätten/Bäder, etc.) und nicht mehr beim Produkt Liegenschaftsverwaltung. Im Produkt Liegenschaftsverwaltung werden zukünftig nur noch die Finanzvorfälle abgebildet, die keinem anderen Produkt direkt zugeordnet werden können.

Die Haushaltsberatungen werden in den nachfolgenden Fachausschüssen fortgesetzt. Hier erfolgen weitere Ausführungen zum Haushalt 2023.

### **Finanzielle Auswirkungen:**

Siehe hierzu die Ausführungen in der Sach- und Rechtslage.

### **Auswirkungen auf das Klima:**

Entfällt.

### **Anlagen:**

- Anlage 1: Haushaltssatzung 2023
- Anlage 2: Haushaltsplan 2023
- Anlage 3: Investitionsprogramm 2023
- Anlage 4: Stellenplan 2023 mit Erläuterungen
- Anlage 5: Übersicht über die Entwicklung der allgemeinen Deckungsmittel zum Haushalt 2023